

# *HRR-Strafrecht*

Höchstrichterliche Rechtsprechung zum  
Strafrecht, Internetzeitung für Strafrecht

<http://www.hrr-strafrecht.de>

## HERAUSGEBER

**Gerhard Strate**

Grindelallee 164, 20146 Hamburg  
gerhard.strate@strate.net

## SCHRIFTLEITUNG

**Karsten Gaede**

karsten.gaede@strate.net

## REDAKTION

**Rocco Beck, Karsten Gaede, Stephan  
Schlegel (WEBMASTER)**

1. Jahrgang, Januar 2000, Ausgabe

**1**

## **Hervorzuhebende Entscheidungen des BGH**

### **I. Materielles Strafrecht**

#### **1. Schwerpunkt Allgemeiner Teil des StGB**

##### **BGH 2 StR 451/99 – Beschluß v. 27. Oktober 1999 (LG Aachen)**

Tateinheit und Tatmehrheit bei Beihilfehandlungen  
§§ 27, 52, 53 StGB

1. Einheit und Mehrheit der Beihilfe hängen von der Anzahl der Beihilfehandlungen und der vom Gehilfen geförderten Haupttaten ab. Eine Beihilfe i.S.d. § 52 StGB liegt vor, wenn der Gehilfe mit einer einzigen Unterstützungshandlung zu mehreren Haupttaten eines anderen Hilfe leistet. Tatmehrheit i.S.v. § 53 StGB ist anzunehmen, wenn durch mehrere Hilfeleistungen mehrere Taten unterstützt werden.

2. Diese Grundsätze gelten auch für die durch garantenpflichtwidriges Unterlassen geleistete Beihilfe.

##### **BGH 4 StR 460/99 - Beschluß v. 28. Oktober 1999 (LG Bielefeld)**

Verfahrenseinstellung; Anstiftung zum Versicherungsmißbrauch; Grundsatz der Alternativität; Milderes Gesetz; Betrug  
§ 154a Abs. 2 StPO; § 349 Abs. 2 StPO; § 26 StGB; § 265 Abs. 1 n.F. StGB; § 2 Abs. 3 StGB; § 263 Abs. 3 Nr. 5 n.F. StGB

1. Die gleichzeitige Anwendung alten und neuen Rechts verstößt gegen den Grundsatz strikter Alternativität (vgl. BGHSt 37, 320, 322).

2. In Fällen, in denen die Anwendung alten und neuen Rechts in Betracht kommt, ist ein Gesamtvergleich des früheren und des derzeit geltenden Rechts anzustellen; anzuwenden ist das Recht, das im konkreten Fall mit seinen Besonderheiten die mildeste Beurteilung zuläßt (BGHSt 22, 25; BGH NSStZ - RR 1998, 103, 104; 105, 106).

##### **BGH 2 StR 326/99 – Urteil v. 03. November 1999 (LG Köln)**

Beihilfe zum Betrug durch Unterlassen; Garantspflicht von Kriminalbeamten  
§§ 263, 27, 13 StGB

Ein Polizeibeamter ist grundsätzlich nur im Rahmen seiner Dienstausbübung Garant für strafrechtlich geschützte Rechtsgüter Dritter. Besonderheiten können sich ergeben, wenn er außerdienstlich Kenntnis von Straftaten erlangt, die während seiner Dienstausbübung fortwirken. Dabei bedarf es einer Abwägung im Einzelfall, ob das öffentliche Interesse privaten Belangen vorgeht. Von entscheidender Bedeutung ist dabei, ob durch die Straftat Rechtsgüter der Allgemeinheit oder des einzelnen betroffen sind, denen jeweils ein besonderes Gewicht zukommt. Dies kann auch außerhalb des Katalogs des § 138 StGB bei schweren Straftaten, und zwar auch bei Vermögensstraftaten mit hohem wirtschaftlichen Schaden oder besonderem Unrechtsgehalt, der Fall sein.

## 2. Schwerpunkt Besonderer Teil des StGB

### BGH 4 StR 384/99 - Beschluß v. 19. Oktober 1999 (LG München II)

Ausnutzung der besonderen Verhältnisse des Straßenverkehrs; Räuberischer Angriff auf Kraftfahrer  
§ 316a Abs. 1 StGB; §§ 69, 69a StGB

1. Die Ausnutzung der besonderen Verhältnisse des Straßenverkehrs im Sinne des § 316a Abs. 1 StGB setzt voraus, daß der Täter eine Gefahrenlage ausnutzt, die dem fließenden Straßenverkehr eigentümlich ist (vgl. BGHSt 6, 82, 84; 13, 27, 29 f.);
2. Die Ausnutzung der besonderen Verhältnisse des Straßenverkehrs im Sinne des § 316a Abs. 1 StGB liegt nicht schon dann vor, wenn lediglich die Abwehrmöglichkeiten des Kraftfahrzeugführers durch die Enge im Fahrzeug eingeschränkt sind (vgl. NSTZ 1996, 389, 390). Die Neufassung der Vorschrift läßt eine erweiternde Auslegung nicht zu.

### BGH 1 StR 429/99 - Urteil v. 20. Oktober 1999 (LG Regensburg)

Schwerer Raub; Drohung mit einer (ungeladenen) Waffe; Strafzumessung; Beisichführen, Verwenden  
§ 250 Abs. 2 Nr. 1 StGB; § 250 Abs. 1 StGB; § 46 Abs. 3 StGB

1. Setzt der Täter beim schweren Raub zur Drohung gegenüber dem Opfer eine ungeladene Pistole ein und führt er das zugehörige, aufmunitionierte Magazin in seiner Jackentasche bei sich, so *verwendet* er damit kein objektiv gefährliches Tatmittel im Sinne des § 250 Abs. 2 Nr. 1 StGB. (BGHSt)
2. Die restriktive Abgrenzung des Merkmals des Verwendens einer Waffe hindert den Tatrichter indessen nicht, das Beisichführen eines mit Munition gefüllten, einsatzbereiten Magazins bei der Strafbemessung innerhalb des dem Täter günstigeren Strafrahmens des § 250 Abs. 1 StGB wegen der darin liegenden Gefahrensteigerungsmöglichkeit strafehöhend zu bewerten. (Bearbeiter)

### BGH 1 StR 469/99 - Beschluß v. 17. November 1999 (LG Stuttgart)

Beteiligung an einer Schlägerei; Von mehreren verübter Angriff  
§ 231 Abs. 1 StGB

Die erste - bereits tödlich wirkende - Tathandlung ist dann Teil des von mehreren verübten Angriffs, wenn diese Angreifer sich zur Auseinandersetzung entschlossen in Annäherung auf das Kampfziel befinden, um alsbald in ein Kampfgeschehen einzugreifen und dies auch können; wenn sich also die erste Gewalthandlung bereits als Teil, des ins Auge gefaßten Gesamtangriffs darstellt. Das gilt jedenfalls, solange keine wesentliche Zäsur eintritt zwischen dem Handeln des ersten Angreifers und dem der anderen.

### BGH 4 StR 467/99 - Beschluß v. 19. Oktober 1999 (LG Stralsund)

Körperverletzung; Körperverletzungsvorsatz; Tateinheit Nötigung und Raub; Strafzumessung; Spezialität; Doppelverwertungsverbot  
§ 357 StPO; §§ 223, 229 StGB; § 46 Abs. 3 StGB; § 46 Abs. 1 StGB; § 31 StGB

1. Die mit der scheinbar geladenen Waffe ausgeführte Einschüchterungshandlung bei einem Bank- oder Postüberfall kann den objektiven Tatbestand der Körperverletzung erfüllen, wenn sich die Einschüchterungshandlung nicht nur auf das seelische Gleichgewicht, sondern auch auf die körperliche Verfassung der betroffenen Angestellten ausgewirkt hat (vgl. BGH NSTZ 1986, 166).
2. Dient das bei Überfällen Bank- oder Postangestellten abgenötigte Verhalten ausschließlich der Sicherung des Gewahrsams an der zuvor erlangten Beute und damit der Verwirklichung der Zueignungs- bzw. Bereicherungsabsicht, so kommt § 240 StGB gegenüber den spezielleren §§ 249, 250, 253, 255 StGB keine eigenständige Bedeutung zu.
3. Ein Verhalten, das dem Rücktritt nach § 31 StGB entspricht, darf nicht strafscharfend berücksichtigt werden, wenn die verabredete Tat später dennoch ausgeführt wird.
4. Es ist der Regelfall und kein straferschwerender Umstand, daß ein Täter Bank- bzw. Postüberfälle zur Bedürfnisbefriedigung begeht und dabei zwangsläufig dritte Personen, nämlich Angestellte der Kreditinstitute, in Mitleidenschaft gezogen werden (vgl. § 46 Abs. 3 StGB).

### BGH 2 StR 248/99 – Urteil v. 20. Oktober 1999 (LG Köln)

Ausnutzen einer Lage, in das Opfer schutzlos ist, bei der sexuellen Nötigung; Sexueller Mißbrauch widerstandsunfähiger Personen als Auffangtatbestand  
§§ 177 Abs. 1, 3. Alt., 179 Abs. 1 StGB; Fassung: 1. Juli 1997

1. Zur Verwirklichung der dritten Alternative des § 177 Abs. 1 StGB reicht es aus, daß sich der Täter bei Vornahme der sexuellen Handlungen die schutzlose Lage des Opfers bewußt zunutze macht, um den der Tat entgegenstehenden Willen des Opfers zu überwinden. Worauf die schutzlose Lage beruht, ist unerheblich. (BGHSt)
2. § 179 StGB kommt als Auffangtatbestand dann in Betracht, wenn das Opfer keinen der Tat entgegenstehenden Willen bilden kann. (BGHSt)

**BGH 4 StR 389/99 - Urteil v. 18. November 1999 (LG Stralsund)**

Schwerer sexueller Mißbrauch; Sexuelle Nötigung; Eindringen in den Körper; Vergewaltigung; Vornahme einer sexuellen Handlung mittels Gewalt / unter Ausnutzung einer Lage, in der das Opfer der Einwirkung des Täters schutzlos ausgeliefert ist; Besondere Erniedrigung  
§§ 176a Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3, 177 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 StGB 1998

1. Die Tatbestandsalternative des „Eindringens in den Körper“ in § 176a Abs. 1 Nr. 1 StGB ist nicht auf Fälle des Vaginal-, Oral- oder Analverkehrs beschränkt. (BGH)
2. Zum minder schweren Fall des § 176a Abs. 3 StGB. (BGH)
3. Abgesehen von den Fällen des Vaginal-, Oral- oder Analverkehrs bedarf das Tatbestandsmerkmal „besonders erniedrigen“ für die Annahme des Regelbeispiels der „Vergewaltigung“ in § 177 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 StGB der Prüfung und Darlegung der Einzelumstände der Tat. (BGH)

**BGH 3 StR 359/99 – Beschluß v. 29. September 1999 (LG Osnabrück)**

Anstiftung zur (besonders) schweren Brandstiftung (Anwendung vor und nach dem 6. StrRG); Maßgeblicher Zeitpunkt für die strafrechtliche Beurteilung einer Teilnahmehandlung; Verhältnis zwischen versuchter Anstiftung zum Verbrechen und Anstiftung zum versuchten Verbrechen  
§§ 26; 30 Abs. 1; 306a Abs. 1 Nr.1; 306b Abs. 2 Nr. 2 StGB

1. Auch nach neuem Recht reicht es nach dem Schutzzweck der Norm bei § 306a Abs. 1 Nr. 1 StGB zur Deliktvollendung aus, daß bei gemischt genutzten Gebäuden der Brand nur den gewerblichen Teil erfaßt und dabei nicht auszuschließen ist, daß das Feuer auf den Wohnbereich übergreifen kann.
2. Anders als nach altem Recht besteht nach der deutlichen Herabsetzung der Mindeststrafe für besonders schwere Brandstiftung kein Anlaß und angesichts des klaren, mit dem anderer Strafbestimmungen übereinstimmenden neuen Gesetzeswortlauts auch keine Möglichkeit für eine restriktive, an die Grundsätze früherer Rechtsprechung anknüpfende Auslegung in dem Sinn, daß die Straftat, die durch den Brand vorbereitet werden soll, nach der Vorstellung des Täters gerade durch die akute, gemeingefährliche Brandsituation begünstigt sein müsse.
3. In Fällen, in denen der Anstifter durch verschiedene Anstiftungshandlungen jeweils weitere Personen in das Tatgeschehen verstrickt, die Tatbegehung jedoch nie selbst versucht, ist die versuchte Anstiftung zu einem Verbrechen gegenüber der Anstiftung zum Verbrechenversuch nicht subsidiär.

## II. Strafzumessungs- und Maßregelrecht

**BGH 1 StR 221/99 - Urteil v. 18. November 1999 (LG München)**

Verleitung zu einer Straftat in einer dem Staat zuzurechnenden Weise; Grundsatz des fairen Verfahrens; Tatprovokation durch Lockspitzel; Agent provocateur; Vertrauensperson der Polizei; Schuldunabhängiger Strafmilderungsgrund; Voraussetzungen für den Einsatz von Vertrauenspersonen; Rechtswirkung der MRK  
Art. 6 Abs. 1 Satz 1 MRK, § 46 StGB

1. Wird eine unverdächtige und zunächst nicht tatgeneigte Person durch die von einem Amtsträger geführte Vertrauensperson in einer dem Staat zuzurechnenden Weise zu einer Straftat verleitet und führt dies zu einem Strafverfahren, liegt darin ein Verstoß gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 MRK. Dieser Verstoß ist in den Urteilsgründen festzustellen. Er ist bei der Festsetzung der Rechtsfolgen zu kompensieren. Das Maß der Kompensation für das konventionswidrige Handeln ist gesondert zum Ausdruck zu bringen. (BGHSt)
2. Selbst die Überschreitung der Grenzen zulässigen Lockspitzeleinsatzes führt nicht zu einem Verfahrenshindernis eigener Art „wegen Verwirkung des staatlichen Strafanspruchs“ aufgrund widersprüchlichen Verhaltens (St. Rspr., Bearbeiter).
3. Die MRK ist als Bundesgesetz Bestandteil des deutschen Rechts und ist als Auslegungshilfe bei der Anwendung nationalen Rechts zu berücksichtigen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist bei den in einem Strafverfahren angewendeten Gesetzen stets zu prüfen, ob die Anwendung und Auslegung im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland steht. (Bearbeiter)

4. Die Vorschriften der StPO zum Einsatz Verdeckter Ermittler (§§ 110a bis 110e) sind auf Vertrauenspersonen, deren Einsatz auf die Generalklauseln der §§ 161, 163 StPO gestützt wird, nicht entsprechend anwendbar (BGHSt 41, 42, 44).

5. Zu den Voraussetzungen des staatlich zurechenbaren Einsatzes von Vertrauenspersonen. (Bearbeiter)

### III. Strafverfahrensrecht (mit Gerichtsverfassungsrecht)

#### **BGH 4 StR 86/99 - Beschluß v. 19. Oktober 1999 (LG Stendal)**

Rechtsmittelverzicht; Verfahrensbeendende Absprache; Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung der Rechtsmittelfrist; Beweiskraft des Protokolls; Wegen sachwidriger Verknüpfung unzulässige Prozeßhandlungen § 44 StPO; § 302 Abs. 1 Satz 1 StPO; § 274 StPO

1. Wird aufgrund einer unzulässigerweise vor Erlass des Urteils im Rahmen einer verfahrensbeendenden Absprache getroffenen Vereinbarung Rechtsmittelverzicht erklärt, kann dies zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung der Rechtsmittelfrist führen (Ergänzung zu BGHSt 43, 195). (BGHSt)

2. Zur Beweiskraft des Hauptverhandlungsprotokolls bei einer verfahrensbeendenden Absprache.

#### **BGH 2 ARs 447/99 (2 AR 175/99) – Beschluß v. 10. November 1999 (AG Tiergarten; AG Diez)**

Bestimmung des zuständigen Gerichts bei Zuständigkeitsstreit  
§ 14 StPO

In einem Streit gemäß § 14 StPO kann nur eines der streitenden Gerichte als zuständiges Gericht bestimmt werden. Die Bestimmung muß unterbleiben, wenn sich die Zuständigkeit eines anderen, am Streit nicht beteiligten Gerichts ergibt.

#### **BGH 1 StR 290/99 Beschluß v. 17. November 1999 (LG Stuttgart)**

Versuch der Beteiligung am Mord; Strafklageverbrauch; Ne bis in idem; Begriff der Tat; Hinweispflicht; Besorgnis der Befangenheit  
§ 211 StGB; § 264 StPO; § 265 StPO; § 338 Nr. 3 StPO; § 24 Abs. 2 StPO

1. Zum Begriff der Tat im prozessualen Sinne.

2. Eine Strafanklageverbrauch liegt nicht vor, wenn in dem früheren Verfahren hinsichtlich der jetzt abgeurteilten Tat ein Strafverfolgungswille von Staatsanwaltschaft oder Tatgericht nicht hervorgetreten ist. Der Strafverfolgungswille geht nicht schon daraus hervor, daß das jetzt abgeurteilte Geschehen in der früheren Anklageschrift als Vorgeschichte ersichtlich zum besseren Verständnis der Gesamtumstände angesprochen worden ist (vgl. dazu BGHSt 43, 96, 99 f.; BGH NSZ 1995, 510).

3. Der Ablehnung einer identischen Tat im prozessualen Sinne steht nicht entgegen, daß konkurrenzrechtlich zwischen einer versuchten Anstiftung und der eigenhändigen Vollendung der Haupttat Subsidiarität bestehen soll (vgl. BGHR StGB § 30 Abs. 1 Satz 1 Konkurrenzen 3).

#### **BGH 3 StR 241/99 – Urteil v. 27. Oktober 1999 (LG Oldenburg)**

Darlegungspflicht bei nicht standardisierten Sachverständigengutachten  
§§ 267, 72 StPO

Zum Umfang der Darlegungspflicht bei nicht standardisierten Sachverständigengutachten in den Urteilsgründen (hier: Anthropologisches Vergleichsgutachten und sog. "Jeansfaltenvergleichsgutachten"). (BGH)

### IV. Nebenstrafrecht, Haftrecht und Jugendstrafrecht

#### **BGH 1 StR 555/99 - Beschluß v. 9. November 1999 (LG Ingolstadt)**

Überlassen im Sinne von § 29 Abs. 1 Nr. 6b BtMG; Strafzumessung bei Einsatz eines Agent provocateur; Lockspitzel § 29 Abs. 1 Nr. 6b BtMG; § 29 BtMG; § 31 BtMG

1. Ergibt sich die große Tatmenge aus der Bestellung des von der Polizei beauftragten Vordermanns, so kommt ihr nur beschränkt strafschärfende Wirkung zu. (vgl. BGHR BtMG § 29 Strafzumessung 15)

2. Zu den Anforderungen an die Strafzumessung, wenn der polizeiliche Agent provocateur den Täter zur Tat nicht nur anregt sondern drängt.

#### **Ermittlungsrichter des BGH 3 BJs 37/99-2 (7) (2 BGs 335/99) – Beschluß v. 30. November 1999**

Aussetzung des Vollzugs eines Haftbefehl auf Antrag der Staatsanwaltschaft

§§ 116, 120 Abs. 3 StPO

Auch ein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aussetzung des Vollzugs eines Haftbefehls bindet den Ermittlungsrichter in der Weise, daß er nicht einen weitergehenden Eingriff in Grundrechte des Beschuldigten anordnen darf, als er von dem Herrn des Ermittlungsverfahrens in dessen Verantwortung begehrt wird. (BGH)

**BGH 2 ARs 392/99 (2 AR 181/99) – Beschluß v. 10. November 1999 (AG Pöbneck; AG Schwandorf)**

Zulässigkeit der Abgabe des Verfahrens nach § 42 Abs. 3 JGG  
§ 42 Abs. 3 JGG

Die Abgabe des Verfahrens nach § 42 Abs. 3 JGG ist nur zulässig, wenn der Angeklagte seinen Aufenthalt nach Erhebung der Anklage gewechselt hat. Allerdings ist regelmäßig davon abzusehen, wenn diese keine sachlichen Vorteile für das Verfahren bringt und zu dessen Verzögerung führt.

**BGH 4 StR 453/99 - Beschluß v. 28. Oktober 1999 (AG Tiergarten, Kammergericht)**

Unterbrechung der Verfolgungsverjährung durch einen Bußgeldbescheid (Wirksamkeit); Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und anderer Gesetze vom 26. Januar 1998 (BGBl. I 156)  
§ 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 OWiG; § 26 Abs. 3 2. Halbsatz StVG; § 79 Abs. 3 Satz 1 OWiG, § 121 Abs. 2 GVG

1. Die Unterbrechung der Verfolgungsverjährung durch einen Bußgeldbescheid ist auch dann nach neuem Recht zu beurteilen, wenn er vor dem am 1. März 1998 erfolgten Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und anderer Gesetze vom 26. Januar 1998 (BGBl. I 156) erlassen worden war. (BGHSt)
2. Die Verlängerung der Verjährungsfrist auf sechs Monate gemäß § 26 Abs. 3 2. Halbsatz StVG wird mit dem Erlaß des Bußgeldbescheids wirksam, sofern dieser binnen zwei Wochen zugestellt wird. Anderenfalls ist der Zeitpunkt der Zustellung maßgeblich; das gilt auch dann, wenn zwischen Erlaß und Zustellung andere verjährungsunterbrechende Maßnahmen getroffen werden. (BGHSt)

**BGH 1 StR 520/99 - Beschluß v. 18. November 1999 (LG Tübingen)**

Tateinheit; Konkurrenzen; Ausüben der tatsächlichen Gewalt über mehrere Waffen; Unerlaubtes Überlassen einer vollautomatischen Selbstladewaffe an einen anderen; Gebrauchsfähige Teile von Schußwaffen  
§ 52 StGB; § 52a Abs. 1 Nr.1 WaffG; § 265 StPO; § 6 Abs. 3 2. Halbs. WaffG

1. Das gleichzeitige unerlaubte Ausüben der tatsächlichen Gewalt über mehrere Waffen stellt, auch wenn sie nicht unter dieselbe Strafbestimmung fallen, nur einen Verstoß gegen das Waffenrecht dar (BGH NStZ 1984, 171; BGHR WaffG § 52a Abs. 1 Konkurrenzen 1).
2. Der Verstoß gegen die §§ 52a Abs. 1 Nr. 1, 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 d WaffG setzt keine vollständige und funktionsfähige Selbstladewaffe voraus. Auch im Rahmen des § 6 Abs. 3 WaffG stehen wesentliche - für sich genommen gebrauchsfähige - Teile von Schußwaffen vollständigen Waffen gleich.

**BGH 1 StR 552/99 - Beschluß v. 19. November 1999 (LG Freiburg)**

Strafzumessung; Ausländerrechtliche Konsequenzen  
§ 46 Abs. 1 StGB

Fehlen dem Fall spezifische Besonderheiten und liegt nicht eine zwingende Ausweisung des Ausländers nahe, so besteht keine Pflicht, die ausländerrechtlichen Konsequenzen im Rahmen der Strafzumessung ausdrücklich zu erörtern.

## Aufsätze und Urteilsanmerkungen

Derzeit noch kein Eintrag.

## Vollständige Rechtsprechung des BGH (Zurückliegender Monat)

Die oben hervorgehoben angegebenen Entscheidungen werden im folgenden ohne die Leitsätze wiedergegeben.

**1. BGH 4 StR 384/99 - Beschluß v. 19. Oktober 1999 (LG München II)**

Ausnutzung der besonderen Verhältnisse des Straßenverkehrs; Räuberischer Angriff auf Kraftfahrer  
§ 316a Abs. 1 StGB; §§ 69, 69a StGB

**2. BGH 4 StR 393/99 - Beschluß v. 26. Oktober 1999 (LG Magdeburg)**

Bestechlichkeit; Beihilfe zur Untreue; Unrechtsvereinbarung; Umfang der Urteilsaufhebung  
§ 27 StGB; § 266 StGB; § 332 a.F. StGB

1. Die Tatbestände der §§ 331 bis 334 StGB a.F. setzen eine zwischen dem Amtsträger und dem Vorteilsgeber - ausdrückliche oder konkludent getroffene - Unrechtsvereinbarung voraus, bei der eine bestimmte Diensthandlung als Äquivalent für die Vorteilsgewährung erbracht wird (std. Rspr.; vgl. BGHSt 39, 45, 46).
2. Zu den Anforderungen an die Feststellung einer Unrechtsvereinbarung (konkretes pflichtwidriges dienstlichen Verhalten als Gegenleistung).
3. Treffen mehrere Strafgesetze rechtlich zusammen, so erfaßt die Aufhebung - auch wenn nur die Anwendung eines der Strafgesetze rechtsfehlerhaft ist - regelmäßig die Verurteilung wegen der Tat im ganzen. (vgl. BGHSt 19, 46, 48).

**3. BGH 4 StR 394/99 - Beschluß v. 9. November 1999 (LG Stralsund)**

Unzulässiger Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand  
§ 44 StPO; § 349 Abs. 2 StPO

**4. BGH 4 StR 460/99 - Beschluß v. 28. Oktober 1999 (LG Bielefeld)**

Verfahrenseinstellung; Anstiftung zum Versicherungsmißbrauch; Grundsatz der Alternativität; Milderer Gesetz; Betrug  
§ 154a Abs. 2 StPO; § 349 Abs. 2 StPO; § 26 StGB; § 265 Abs. 1 n.F. StGB; § 2 Abs. 3 StGB; § 263 Abs. 3 Nr. 5 n.F. StGB

**5. BGH 1 StR 540/99 - Beschluß v. 9. November 1999 (LG München I)**

Untreue; Konkrete Vermögensgefährdung; Mittelbare Folgen als Vermögensnachteil  
§ 266 StGB; § 52 Abs. 2 Satz 1 StGB

**6. BGH 1 StR 542/99 - Beschluß v. 10. November 1999 (LG Passau)**

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand; Rechtsmittelverzicht wegen Verhandlungsunfähigkeit; Freibeweis; In dubio pro reo; Zweifelsgrundsatz  
§ 349 Abs. 1 StPO; § 274 StPO; § 302 Abs. 1 Satz 1 StPO

1. Die Verhandlungsunfähigkeit wird in der Regel nur durch schwere körperliche oder seelische Mängel ausgeschlossen, auf die Geschäftsfähigkeit im Sinne des bürgerlichen Rechts kommt es nicht an. (BGHR StPO § 302 Abs. 1 Satz 1 Rechtsmittelverzicht 3, 16).
2. Ob Verhandlungsunfähigkeit in diesem Sinne vorlag, ist im Wege des Freibeweises zu prüfen; der Grundsatz "in dubio pro reo" gilt hier nicht (BGH aaO).
3. Der Wirksamkeit des Rechtsmittelverzichts steht nicht entgegen, daß eine Rechtsmittelbelehrung unterblieben war (vgl. BGH NSTZ 1984, 181).

**7. BGH 1 StR 547/99 - Beschluß v. 10. November 1999 (LG)**

Allgemeiner Rechtsgedanke; Antrag auf Bestellung eines Beistandes; Antragsauslegung  
§ 300 StPO; § 397a Abs. 1 StPO

**8. BGH 1 StR 548/99 - Beschluß v. 10. November 1999 (LG)**

Allgemeiner Rechtsgedanke; Antrag auf Bestellung eines Beistandes; Antragsauslegung  
§ 300 StPO; § 397a Abs. 1 StPO

**9. BGH 1 StR 555/99 - Beschluß v. 9. November 1999 (LG Ingolstadt)**

Überlassen im Sinne von § 29 Abs. 1 Nr. 6b BtMG; Strafzumessung bei Einsatz eines Agent provocateur; Lockspitzel  
§ 29 Abs. 1 Nr. 6 b BtMG; § 29 BtMG; § 31 BtMG

**10. BGH 1 StR 557/99 - Beschluß v. 11. November 1999 (LG)**

Allgemeiner Rechtsgedanke; Antrag auf Bestellung eines Beistandes; Antragsauslegung  
§ 300 StPO; § 397a Abs. 1 StPO

**11. BGH 1 StR 561/99 - Beschluß v. 10. November 1999 (LG Freiburg i.Br.)**

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Frist; Verschulden bei ausländischen Angeklagten  
§ 46 Abs. 1 StPO

**12. BGH 4 StR 319/99 - Beschluß v. 26. Oktober 1999 (LG Essen)**

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zur Nachholung einer Verfahrensrüge  
§ 44 StPO; § 46 Abs. 1 StPO

**13. BGH 4 StR 370/99 - Beschluß v. 28. Oktober 1999 (LG Chemnitz)**

Vergewaltigung; Beweiswürdigung; Glaubwürdigkeit; Inbegriff der Hauptverhandlung  
§ 261 StPO; § 177 StGB; § 274 StPO

Einzelfall der fehlerhaften Beweiswürdigung bei einer Verurteilung u.a. wegen Vergewaltigung (Unbeachtete Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Aussage des vermeintlichen Opfers).

**14. BGH 4 StR 459/99 - Beschluß v. 26. Oktober 1999 (LG Bielefeld)**

Entscheidungsgründe; Urteilsunterzeichnung; Urteilsabsetzungsfrist; Vollständigkeit  
§§ 275 Abs. 1 Satz 2, 338 Nr. 7 StPO

**15. BGH 4 StR 464/99 - Beschluß v. 28. Oktober 1999 (LG Essen)**

Sicherungsverwahrung; Unterbringung in einer Entziehungsanstalt; Hang zu erheblichen Straftaten  
§ 64 StGB; § 66 Abs. 1 Nr. 3 StGB; § 72 StGB

**16. BGH 4 StR 467/99 - Beschluß v. 19. Oktober 1999 (LG Stralsund)**

Körperverletzung; Körperverletzungsvorsatz; Tateinheit Nötigung und Raub; Strafzumessung; Spezialität; Doppelverwertungsverbot  
§ 357 StPO; §§ 223, 229 StGB; § 46 Abs. 3 StGB; § 46 Abs. 1 StGB; § 31 StGB

**17. BGH 4 StR 476/99 - Beschluß v. 28. Oktober 1999 (LG Frankenthal)**

Sexueller Mißbrauch eines Kindes; Beweiswürdigung; Überzeugung; Freispruch  
§ 261 StPO; § 176 StGB; § 354 Abs. 1 StPO

**18. BGH 4 StR 538/99 - Beschluß v. 9. November 1999 (LG Essen)**

Nebenklage; Gesetzesverletzung; Revisionsantrag  
§§ 400 Abs. 1, 401 StPO

Ob die Revision der Nebenklage ein zulässiges Ziel verfolgt, muß sich aus dem Revisionsantrag und/oder dessen Begründung zweifelsfrei ergeben. (vgl. BGHR StPO § 401 Abs. 1 Satz 1 Zulässigkeit 2)

**19. BGH 2 StR 248/99 – Urteil v. 20. Oktober 1999 (LG Köln)**

Ausnutzen einer Lage, in das Opfer schutzlos ist, bei der sexuellen Nötigung; Sexueller Mißbrauch widerstandsunfähiger Personen als Auffangtatbestand  
§§ 177 Abs. 1, 3. Alt., 179 Abs. 1 StGB; Fassung: 1. Juli 1997

**20. BGH 2 StR 348/99 – Beschluß v. 13. Oktober 1999 (LG Köln)**

Minder schwerer Fall des Totschlags; Körperverletzung mit Todesfolge  
§§ 213; 227 StGB

**21. BGH 2 StR 409/99 – Beschluß v. 20. Oktober 1999 (LG Koblenz)**

Anforderungen an die konkrete Darstellung der Taten in der Anklageschrift  
§ 200 Abs. 1 StPO

**22. BGH 2 StR 450/99 – Beschluß v. 03. November 1999 (LG Kassel)**

Verwerfung der Revision als unzulässig infolge wirksamen Rechtsmittelverzichts  
§ 349 Abs. 1 StPO

**23. BGH 2 StR 451/99 – Beschluß v. 27. Oktober 1999 (LG Aachen)**

Tateinheit und Tatmehrheit bei Beihilfehandlungen  
§§ 27, 52, 53 StGB

**24. BGH 2 StR 485/99 – Beschluß v. 03. November 1999 (LG Kassel)**

Milderung des Strafrahmens nach Schadenswiedergutmachung  
§§ 46a, 49 Abs. 1 StGB

**25. BGH 2 StR 511/99 – Beschluß v. 08. Oktober 1999 (LG Darmstadt)**

Vorläufige Einstellung des Verfahrens; Verwerfung der weitergehenden Revision als unbegründet  
§§ 154 Abs. 2; 349 Abs. 2 StPO

**26. BGH 2 StR 511/99 – Beschluß v. 08. Oktober 1999 (LG Darmstadt)**

Vorläufige Einstellung des Verfahrens; Verwerfung der weitergehenden Revision als unbegründet  
§§ 154 Abs. 2; 349 Abs. 2 StPO

**27. BGH 2 ARs 392/99 (2 AR 181/99) – Beschluß v. 10. November 1999 (AG Pößneck; AG Schwandorf)**  
Zulässigkeit der Abgabe des Verfahrens nach § 42 Abs. 3 JGG  
§ 42 Abs. 3 JGG

**28. BGH 2 ARs 447/99 (2 AR 175/99) – Beschluß v. 10. November 1999 (AG Tiergarten; AG Diez)**  
Bestimmung des zuständigen Gerichts bei Zuständigkeitsstreit  
§ 14 StPO

**29. Ermittlungsrichter des BGH 3 BJs 37/99-2 (7) (2 BGs 335/99) – Beschluß v. 30. November 1999**  
Aussetzung des Vollzugs eines Haftbefehl auf Antrag der Staatsanwaltschaft  
§§ 116, 120 Abs. 3 StPO

**30. BGH 2 ARs 389/99 (2 AR 177/99) – Beschluß v. 10. November 1999 (AG Berlin – Tiergarten; AG Köln)**  
Zuständigkeit für die Überwachung der Strafaussetzung zu Bewährung  
§ 462a Abs. 4 i.V.m. 462a Abs. 3 S. 2 StPO

**31. BGH 2 ARs 425/99 (2 AR 207/99) – Beschluß v. 15. November 1999 (AG Köln; AG Solingen)**  
Abgabe an das Wohnsitzgericht  
§ 462a Abs. 2 StPO

**32. BGH 4 StR 86/99 - Beschluß v. 19. Oktober 1999 (LG Stendal)**  
Rechtsmittelverzicht; Verfahrensbeendende Absprache; Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung der Rechtsmittelfrist; Beweiskraft des Protokolls; Wegen sachwidriger Verknüpfung unzulässige Prozeßhandlungen  
§ 44 StPO; § 302 Abs. 1 Satz 1 StPO; § 274 StPO

**33. BGH 1 StR 290/99 Beschluß v. 17. November 1999 (LG Stuttgart)**  
Versuch der Beteiligung am Mord; Strafklageverbrauch; Ne bis in idem; Begriff der Tat; Hinweispflicht; Besorgnis der Befangenheit  
§ 211 StGB; § 264 StPO; § 265 StPO; § 338 Nr. 3 StPO; § 24 Abs. 2 StPO

**34. BGH 1 StR 429/99 - Urteil v. 20. Oktober 1999 (LG Regensburg)**  
Schwerer Raub; Drohung mit einer (ungeladenen) Waffe; Strafzumessung; Beisichführen, Verwenden  
§ 250 Abs. 2 Nr. 1 StGB; § 250 Abs. 1 StGB; § 46 Abs. 3 StGB

**35. BGH 1 StR 560/99 - Beschluß v. 17. November 1999 (LG Bayreuth)**  
Freie Beweiswürdigung; Bloße Vermutung  
§ 261 StPO

**36. BGH 4 StR 389/99 - Urteil v. 18. November 1999 (LG Stralsund)**  
Schwerer sexueller Mißbrauch; Sexuelle Nötigung; Eindringen in den Körper; Vergewaltigung; Vornahme einer sexuellen Handlung mittels Gewalt / unter Ausnutzung einer Lage, in der das Opfer der Einwirkung des Täters schutzlos ausgeliefert ist; Besondere Erniedrigung  
§§ 176a Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3, 177 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 StGB 1998

**37. BGH 4 StR 453/99 - Beschluß v. 28. Oktober 1999 (AG Tiergarten, Kammergericht)**  
Unterbrechung der Verfolgungsverjährung durch einen Bußgeldbescheid (Wirksamkeit); Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und anderer Gesetze vom 26. Januar 1998 (BGBl. I 156)  
§ 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 OWiG; § 26 Abs. 3 2. Halbsatz StVG; § 79 Abs. 3 Satz 1 OWiG, § 121 Abs. 2 GVG

**38. BGH 1 StR 469/99 - Beschluß v. 17. November 1999 (LG Stuttgart)**  
Unzulässige Revision der Nebenklage; Gesetzesverletzung (Darlegungsvoraussetzungen)  
§ 400 Abs. 1 StPO

**39. BGH 1 StR 469/99 - Beschluß v. 17. November 1999 (LG Stuttgart)**  
Beteiligung an einer Schlägerei; Von mehreren verübter Angriff  
§ 231 Abs. 1 StGB

**40. BGH 1 StR 500/99 - Beschluß v. 18. November 1999 (LG Ulm)**

Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Revisionsbegründungsfrist;  
Verschulden des Vertreters der Nebenklage  
§ 44 StPO; § 345 Abs. 1 StPO

Das Verschulden seines Vertreters muß sich der Nebenkläger zurechnen lassen; der Fall liegt insoweit anders als beim Verschulden des Verteidigers (falsche Postleitzahl).

**41. BGH 1 StR 506/99 - Urteil v. 16. November 1999 (LG Landshut)**

Diebstahl; Regelbeispiel; Eindringen; Einbrechen; Einsteigen; Vollendung des Diebstahls; Strafzumessungsregel  
§ 242 StGB; § 243 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 StGB

1. § 243 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 StGB setzt nicht voraus, daß der Täter aus einem Gebäude stiehlt; ein umzäunter Lagerplatz reicht insoweit aus (vgl. BGHR StGB § 243 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Einsteigen 1 m.w.Nachw.).
2. Zu den Begriffen des Eindringens, Einbrechens und Einsteigens sowie dem Vorliegen der Indizwirkung eines Regelbeispiels (Hochheben und Beiseitedrücken eines beweglichen Zaunes).
3. § 243 StGB ist eine Strafzumessungsregel und hat in der Urteilsformel ebensowenig Platz wie der Umstand der Mittäterschaft.
4. Zur Vollendung beim Diebstahl.

**42. BGH 1 StR 517/99 - Urteil v. 16. November 1999 (LG Regensburg)**

Strafzumessung; Berücksichtigung einer Vorstrafe  
§ 46 Abs. 2 StGB

**43. BGH 1 StR 520/99 - Beschluß v. 18. November 1999 (LG Tübingen)**

Tateinheit; Konkurrenzen; Ausüben der tatsächlichen Gewalt über mehrere Waffen; Unerlaubtes Überlassen einer vollautomatischen Selbstladewaffe an einen anderen; Gebrauchsfähige Teile von Schußwaffen  
§ 52 StGB; § 52a Abs. 1 Nr.1 WaffG; § 265 StPO; § 6 Abs. 3 2. Halbs. WaffG

**43. BGH 1 StR 552/99 - Beschluß v. 19. November 1999 (LG Freiburg)**

Strafzumessung; Ausländerrechtliche Konsequenzen  
§ 46 Abs. 1 StGB

**44. BGH 1 StR 687/92 - Beschluß v. 17. November 1999**

Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand; Nachholung rechtlichen Gehörs  
§ 33a StPO; 44 StPO

**45. BGH 4 StR 351/99 - Beschluß v. 18. November 1999 (LG Dessau)**

Unzulässige Rüge des Verstoßes gegen § 338 Nr.1 StPO; Bildung der Gesamtstrafe; Höchststrafe von 15 Jahren  
§ 338 Nr. 1 StPO; § 344 Abs. 2 Satz 2 StPO; § 54 Abs. 2 Satz 2 StGB

**46. BGH 4 StR 401/99 - Urteil v. 18. November 1999 (LG Saarbrücken)**

Versuch der Nötigung; Verwerfung der Revision als offensichtlich unbegründet  
§ 240 StGB; § 22 StGB

**47. BGH 4 StR 444/99 - Beschluß v. 23. November 1999 (LG Hagen)**

Unterlassene Prüfung der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt (Kokainsucht)  
§ 64 StGB; § 246a StPO

**48. BGH 4 StR 505/99 - Beschluß v. 30. November 1999 (LG Dortmund)**

Unerlaubtes Handeltreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge; Tateinheit; Konkurrenzen  
§ 29 Abs. 1 Nr. 1 BtMG; § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG; § 52 StGB

Der Grundtatbestand des unerlaubten Handeltreibens mit Betäubungsmitteln nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 BtMG tritt hinter dem gleichzeitig verwirklichten Verbrechenstatbestand des § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG zurück.

**49. BGH 4 StR 521/99 - Beschluß v. 9. November 1999 (LG Bielefeld)**

Alkoholbedingte erheblich verminderte Steuerungsfähigkeit; Feststellungsvoraussetzungen; Indizwirkung der Blutalkoholkonzentration; BAK; Psychodiagnostische Beweisanzeichen; Bekannte Neigung zu Gewalt bei Alkoholkonsum  
§ 21 StGB; § 49 StGB; § 18 Abs. 1 Satz 3 JGG

1. Einzelfall einer alkoholbedingten erheblich verminderten Steuerungsfähigkeit (Feststellungsvoraussetzungen, Bedeutung der BAK, psychodiagnostische Beweisanzeichen).

2. „Eingeschliffenes“ Verhalten und „schlichte Handlungsmuster“ sind nicht ohne weiteres geeignet sind, die Indizwirkung einer hohen BAK zu entkräften (vgl. schon BGHSt 43, 66, 70).

3. Zum Verhältnis von § 49 StGB und § 18 Abs. 1 Satz 3 JGG.

**50. BGH 1 StR 221/99 - Urteil v. 18. November 1999 (LG München)**

Verleitung zu einer Straftat in einer dem Staat zuzurechnenden Weise; Grundsatz des fairen Verfahrens; Tatprovokation durch Lockspitzel; Agent provocateur; Vertrauensperson der Polizei; Schuldunabhängiger Strafmilderungsgrund; Voraussetzungen für den Einsatz von Vertrauenspersonen; Rechtswirkung der MRK  
Art. 6 Abs. 1 Satz 1 MRK, § 46 StGB

**51. BGH 3 StR 241/99 – Urteil v. 27. Oktober 1999 (LG Oldenburg)**

Darlegungspflicht bei nicht standardisierten Sachverständigengutachten  
§§ 267, 72 StPO

**52. BGH 3 StR 309/99 – Urteil v. 27. Oktober 1999 (LG Oldenburg)**

Beachtung des Gesamtstrafübels bei der Bildung von mehreren Gesamtstrafen  
§ 54 StGB

**53. BGH 3 StR 346/99 – Beschluß v. 03. November 1999 (LG Krefeld)**

Nachträgliche Bildung einer Gesamtstrafe; Zäsurwirkung  
§ 55 StGB

**54. BGH 3 StR 359/99 – Beschluß v. 29. September 1999 (LG Osnabrück)**

Anstiftung zur (besonders) schweren Brandstiftung (Anwendung vor und nach dem 6. StrRG); Maßgeblicher Zeitpunkt für die strafrechtliche Beurteilung einer Teilnahmehandlung; Verhältnis zwischen versuchter Anstiftung zum Verbrechen und Anstiftung zum versuchten Verbrechen  
§§ 26; 30 Abs. 1; 306a Abs. 1 Nr.1; 306b Abs. 2 Nr. 2 StGB

**55. BGH 3 StR 399/99 – Beschluß v. 03. November 1999**

Bewilligung von Prozeßkostenhilfe  
§ 397a Abs. 2 StPO

**56. BGH 3 StR 406/99 – Beschluß v. 03. November 1999 (LG Krefeld)**

Minderschwerer Fall der Geldfälschung; Strafaussetzung zur Bewährung  
§§ 146 Abs. 2 a.F.; 56 Abs. 2 StGB

**57. BGH 3 StR 407/99 – Beschluß v. 10. November 1999 (LG Bückeburg)**

Teilweise Verwerfung der Revision als unbegründet  
§ 349 Abs. 2 StPO

**58. BGH 3 StR 425/99 – Beschluß v. 17. November 1999 (LG Wuppertal)**

Verwerfung der Revision als unbegründet  
§ 349 Abs. 2 StPO

**59. BGH 3 StR 438/99 – Beschluß v. 17. November 1999 (LG Itzehoe)**

Verminderte Schuldfähigkeit; Berechnung der Blutalkoholkonzentration zur Tatzeit  
§ 21 StGB

**60. BGH 3 StR 440/99 – Beschluß v. 10. November 1999 (LG Kiel)**

Vorläufige Einstellung des Verfahrens  
§ 154 Abs. 2 StPO

**61. BGH 3 StR 472/99 – Beschluß v. 17. November 1999 (LG Oldenburg)**

Rücktritt vom Versuch; Beendeter und unbeendeter Versuch  
§ 24 StGB

**62. BGH 2 ARs 398/99 (2 AR 187/99) – Beschluß v. 17. November 1999 (AG Hagenow - Jugendgericht)**

Abgabe des Verfahrens  
§ 42 Abs. 3 JGG

**63. BGH 3 BJs 37/99-2 (2 BGs 335/99) – Korrektur des Beschlusses vom 30. November 1999**

**64. BGH 2 StR 326/99 – Urteil v. 03. November 1999 (LG Köln)**

Beihilfe zum Betrug durch Unterlassen; Garantspflicht von Kriminalbeamten

§§ 263, 27, 13 StGB

**Berichte, Pressemitteilungen zum Strafrecht**

Derzeit noch kein Eintrag.